

**Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup**  
**Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt (FH)**

**Fachhochschule-Gelsenkirchen**

**Anhörung vor der Enquete-Kommission des Deutschen  
Bundestages zu den**

**„Auswirkungen der Liberalisierung und der Globalisierung auf die  
Energimärkte  
unter besonderer Berücksichtigung der EU-Osterweiterung“**

**Berlin, den 31.10.2000**

## Zum Komplex: Globalisierung

### Fragen:

**Was sind - kurz gefasst - die wesentlichen Auswirkungen und Chancen der Globalisierung für die Gesellschaft?**

**Worin besteht die neue Qualität der Globalisierung?**

### Antworten:

Der Ansatz liberalisierter und global vernetzter (integrierter) weltweiter Märkte ist nicht neu, sondern spätestens seit den Ausführungen von *Adam Smith* zum internationalen Handel und die durch *David Ricardo* beschriebenen komparativen Kostenvorteile bekannt. Dabei ist es herrschende Meinung, daß die Vertiefung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung in der Regel global wohlfahrtssteigernde Effekte habe. Nationaler Protektionismus dagegen negativ auf Wachstumsprozesse und Wohlfahrtsgewinne wirke. „Die Ausbreitung der wirtschaftlichen Beziehungen von rein lokalen Netzwerken zu einem größeren regionalen und nationalen Warenaustausch und schließlich zu einem wachsenden Welthandel ist so nicht erst eine Erscheinung der letzten Jahre und Jahrzehnte, sondern ein Jahrhunderte alter historischer Prozeß, der sich - unter politischen Schwankungen - parallel mit den technischen Fortschritten im Produktions- und Transportwesen vollzogen hatte und vollzieht.“<sup>1</sup>

Heute hat es aber den Anschein, als daß im utopischen Weltmodell der wirtschaftlichen Globalisierung die Erde als ein homogener Raum daher kommt, „durchgängig und durchlässig, in dem Güter und Kapital unbehindert zirkulieren können. Man stellt sie sich als einen enormen Marktplatz vor, auf dem Produktionsfaktoren dort gekauft werden, wo sie am billigsten sind (global sourcing), und Waren dort abgesetzt werden, wo sie den besten Preis erzielen (global marketing).“<sup>2</sup> Empirische Ergebnisse dieser „Scheinbar unaufhaltsamen Entwicklung werden besonders augenfällig im anschwellenden Volumen und der zunehmenden Vielfalt grenzüberschreitender Transaktionen von Gütern aller Art sowie der internationalen Kapital- und Finanztransfers. Während sich die Weltproduktion seit Anfang der achtziger Jahre verdoppelte,

---

<sup>1</sup> K.W. Rothschild, Kapitalismus im Global Village, in: Helmedag, F./Reuter, N., Der Wohlstand der Personen, Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999, S. 279f.

<sup>2</sup> Sachs, W., Effizienz als Destruktivkraft. Ökologische Folgen der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 8/2000, S. 976

wuchsen die Exporte in derselben Zeitspanne um das Dreifache. Noch schneller, nämlich um mehr als den Faktor sieben, stieg das Volumen der Direktinvestitionen. Unübertroffen zügig aber wuchsen die internationalen Finanzverflechtungen. Gemessen am Wert des grenzüberschreitenden Handels der wichtigsten Industrieländer mit Anleihen und Beteiligungstiteln, haben sie sich etwa um den Faktor 50 vervielfacht.“<sup>3</sup> Wodurch wurde diese Entwicklung angetrieben? Dazu zählen:

- Die Aufhebung des Ost-West-Konfliktes bzw. des „Systemstreits“ und die damit verbundene Öffnung bisher weitgehend getrennter kapitalistischer und sozialistischer globaler Märkte.
- Die Konstituierung der EU mit einer Wirtschafts- und Währungsunion, die zu einer eingeschränkten nationalen Wirtschaftspolitik geführt hat. Speziell für Deutschland ist in diesem Kontext auch die Wiedervereinigung zu nennen.
- Die drastische Senkung der Transport- und Informationskosten durch den Fortschritt der Kommunikationstechnologien speziell im Internet durch E-commerce, die man als die „dritte industrielle Revolution“ bezeichnet.
- Der Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen durch internationale Vereinbarungen (WTO).
- Die vertiefte Herausbildung internationaler Finanzmärkte mit hoch spekulativen Elementen.
- Die starke Zunahme grenzüberschreitender Fusionen und Konzentrationsprozesse mit der Herausbildung internationaler und transnationaler Großkonzerne.

Diese Faktoren stehen in einem interdependenten Verhältnis und werden überlagert - teilweise auch erst ermöglicht - durch einen Paradigmenwechsel in der ökonomischen Theorienbildung und deren Umsetzung in reale Wirtschaftspolitik. Die Umstellung von einer keynesianistischen (staatsintervenierenden) Wirtschaftstheorie zu einer neoliberalen (neoklassischen) Ausrichtung der Wirtschaftspolitik hat heute mehr oder weniger die gesamte Welt erfaßt. IWF, WTO und Weltbank tragen die neoliberale bzw. marktradikale Globalisierungskonzeption als vermeidliche „Weltsanierer“ selbst in den entlegensten Winkel der unterentwickelten Welt.<sup>4</sup>

Das neoklassische Marktmodell unterstellt dabei idealtypisch - aber auch ideologisch -, daß die Welt durch eine Vielzahl relativ kleiner, miteinander konkurrierender Unternehmen, flexible Preise und Löhne, durch eine hohe Mobilität von Kapital und Arbeit und durch einen hohen

---

<sup>3</sup> Jochimsen, R., Globalisierung heute. Was ist neu, wo liegen die Risiken?, in: Jochimsen, R., (Hrsg.), Globaler Wettbewerb und weltwirtschaftliche Ordnungspolitik, Bonn 2000, S. 16f.

<sup>4</sup> Vgl. Guilhot, N., Weltbank und IWF: „Die Weltsanier vom Dienst“, in: Le Monde diplomatique, 6. Jg., 9/2000

Informationsstand über Gegenwart und Zukunft gekennzeichnet ist. Theoretisch mag ein solches Modell zur ersten Erklärung eines Konkurrenz-Marktsystems etwas taugen, zur Erklärung einer heute vorliegenden realen marktwirtschaftlich-kapitalistischen (Welt-)Ordnung ist es allerdings völlig obsolet. Sämtliche an das Modell geknüpfte Prämissen haben mit der Realität nichts zu tun. „An die Stelle kleiner Unternehmen mit wenig Marktmacht sind mächtige Monopole und Oligopole mit konkurrenzbeschränkenden Wirkungen getreten, Preise und Löhne sind durch die Oligopolisierung und Gewerkschaften rigide geworden, die Mobilität ist zwar für Kapital gestiegen, war und ist aber für die Bevölkerung aus begrifflichen ökonomischen und psychologischen Gründen stets gering, und was die Informationsfrage betrifft, so sind zwar die Technologien der Informationsbeschaffung enorm gewachsen, aber gleichzeitig haben die Unsicherheitsfaktoren durch die Globalisierung und die ungeheure Beschleunigung des technologischen Wandels und des Wandels der Nachfragestrukturen stark zugenommen.“<sup>5</sup>

Neoklassische Politik im globalisierten Anlitz impliziert aber noch mehr.<sup>6</sup> Dazu gehört im Wesentlichen eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die auf Kostenminimierung insbesondere bei den Lohnkosten und Lohnnebenkosten setzt; die nominale Tarifabschlüsse unter die Produktivitätsrate drückt und so zu einer Umverteilung von der Lohn- zur Gewinnquote beiträgt. Gemäß der „G-I-B-Formel“ sollen dann die **G**ewinne von heute zu den **I**nvestitionen von morgen und zur **B**eschäftigung von übermorgen werden. Es soll eine Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Güter stattfinden sowie eine Liberalisierung „natürlicher Monopole“ in den Bereichen Transport, Kommunikation und Energie. Weiter geht, dies ist ganz wichtig, Geldwertstabilität vor Beschäftigung. Der Kapitalverkehr sei vollständig zu liberalisieren, es müßten drastische staatliche Sparprogramme zur Senkung der Staatsquote, weitgehend im Sozialbereich von der Arbeitslosenunterstützung bis zur Rente, gefahren werden. Steuerreformen sollen überwiegend zum Vorteil für die Reichen und Unternehmen ausgestaltet werden. Was aber überflüssig sei, ist eine staatliche Intervention in den Marktmechanismus, auch gegen Fusionen und marktbeherrschende Unternehmen, dafür aber eine umfassende Deregulierung bzw. Wettbewerbsorientierung der Arbeitsmärkte, die das „Tarifkartell“ aufzubrechen und Gewerkschaften zu zähmen hätte.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Rothschild, K. W., Kapitalismus im Global Village, a.a.O., S. 388

<sup>6</sup> Vgl. Schui, H./Ptak, R./Blankenburg, S./Bachmann, G./Kotzur, D., Wollt ihr den totalen Markt?. Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997

<sup>7</sup> Vgl. Keller, B./Seifert H., (Hrsg.), Deregulierung am Arbeitsmarkt. Eine empirische Zwischenbilanz, Hamburg 1998

Die empirischen Ergebnisse dieser seit gut 25 Jahren in den meisten Ländern der Welt umgesetzte neoklassische „Konterrevolution“ der „Chicago-Boys“, die den staatlichen Akteur nur noch als Parasit sieht, der ausschließlich an seinen eigenen Pfründen interessiert sei und das „harmonische Spiel der Marktkräfte“ hintertreibt und behindert, sind allerdings erschreckend: So hat die neoklassisch/neoliberale „Heilslehre“ bewirkt, daß sich die Einkommensunterschiede seit Mitte der 70er Jahre im Weltmaßstab mehr als verdoppelt haben, während die Kluft zwischen reichen und armen Ländern dreimal tiefer geworden ist. 80 Prozent der sich in den letzten 40 Jahren von rund 3 auf 6 Milliarden verdoppelten Weltbevölkerung leben in Armut. Rund 1,2 Mrd. Menschen müssen laut Weltbank täglich mit einem Dollar auskommen. Das Vermögen der 200 reichsten Personen der Welt entspricht dem Jahreseinkommen von rund 40 Prozent der Weltbevölkerung.<sup>8</sup> Auch die intrastaatlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Polarisierungs- und Segmentierungsprozesse nehmen durch eine zunehmende ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zu. In den USA waren in den 80er Jahren der Reagan-Ära die Gehälter von Managern bis zu 40 mal größer als Löhne und Gehälter von durchschnittlichen Arbeitern und Angestellten. Ende der 90er Jahre hat sich der Abstand explosionsartig auf 419: 1 erhöht.<sup>9</sup>

Auch in Deutschland hat zwischen 1991 und 1997, wie in vielen anderen hochindustrialisierten Ländern der sog. „Ersten Welt“, die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen zugenommen.<sup>10</sup> 10 Prozent aller privaten Haushalte in Deutschland leben gemäß ihrem Einkommensniveau mittlerweile in Armut. 25 bis 35 Prozent erreichen nur einen sog. „prekären Wohlstand“, der in der Nähe der Armutsgrenze liegt.<sup>11</sup> Und die neuste Untersuchung der Arbeiterwohlfahrt ergab, daß in Deutschland jedes siebte Kind in Armut lebt.

Neoliberale Politik hat billigend in Kauf genommen, daß die Nachteile der Arbeitnehmer und der Umwelt zugunsten des Shareholder-Kapitals vergrößert wurden.<sup>12</sup> Weltweit sind mehr als 800 Millionen Menschen unterbeschäftigt oder arbeitslos (International Labor Organization 1994). Eine mehr als notwendig radikale Trendwende ist nicht einmal annähernd in Sicht.<sup>13</sup> Die

---

<sup>8</sup> Goldberg, J., Globalisierung und Nationalstaat, in: Hickel, R./Kisker, K. P./Mattfeld, H., Troost, A., Festschrift zum 60. Geburtstag von Jörg Huffschild, Politik der Kapitals - heute, Hamburg, 2000, S. 174)

<sup>9</sup> Vgl. Altvater, E., Wenn Ökonomen der Natur ein Schnippchen schlagen wollen, Oder: Wirtschaftspolitik unter ökologischen und finanziellen Restriktionen, in: Hickel, R./Kisker, K. P./Mattfeld, H., Troost, (Hrsg.), Politik des Kapitals - heute, a.a.O., S. 215

<sup>10</sup> Vgl. DIW-Wochenbericht 19/2000

<sup>11</sup> Vgl. IG-Metall, Das Monatsmagazin, Nr. 11/2000, S. 17

<sup>12</sup> Vgl. R. Hickel, Angebotsdoktrin in der Krise: Gründe für die Revitalisierung der Keyneschen Makroökonomik, in: Helmedag, F./Reuter, N., (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen, a.a.O., S. 329 - 361

<sup>13</sup> Vgl. J. Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. 1998

„Welteliten“ sprechen im Gegenteil eher von einer 20 zu 80 Relation und einem „tittytainment“. 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten.<sup>14</sup>

Die 80er und 90er Jahre waren vor allem die „verlorenen Jahrzehnte“ Afrikas. Der Welthandelsanteil der Exporte ist hier 1980 von knapp 6 % auf weniger als 2,5 % gegenwärtig verfallen.<sup>15</sup> Und Lateinamerika ist heute nicht besser dran als vor 20 Jahren. Die 90er Jahre brachten nach Beendigung des „Kalten Krieges“ eine große Rückwärtsentwicklung des Ostblocks. Die verherrenden Finanzkrisen in Mexiko 1994/95, Südostasien 1997/98, Rußland 1998 und Brasilien 1998/99 haben die sozialen Errungenschaften von Jahrzehnten vernichtet.<sup>16</sup>

Die größte positive globale Auswirkung für die Welt war sicher die Ende der 80er Jahre vollzogene Beendigung des „Ost-West-Konfliktes“, der mit seinen aufgebauten Rüstungs- und Militärpotentials einen 3. Weltkrieg provoziert hatte und eine ungeheure Verschwendung knapper Ressourcen sowie eine beträchtliche Umweltbelastung implizierte. Mit den zivilen Opportunitätskosten dieses „Rüstungswahnsinns“ wurden weltweit alle Volkswirtschaften belastet - insbesondere die der UdSSR und USA. Trotzdem werden auch heute weiter Kriege aus religiösen und ethnischen Gründen geführt und die Staaten geben immer noch knappe Mittel (Ressourcen) für zerstörerische/destruktive und aus ökonomischer Sicht völlig unproduktive Rüstungsgüter- und Militärausgaben aus. Wenn auch die Mittel für die Militärs absolut und relativ bezogen aufs BIP in den 90er Jahren weltweit zurückgegangen sind,<sup>17</sup> so konnte bisher trotz Abrüstung eine wirklich nachhaltige „Friedensdividende“ nicht realisiert werden.<sup>18</sup> Im Gegenteil: es droht bereits wieder eine neue Aufrüstungswelle.<sup>19</sup>

Aufgrund der politischen Veränderungen seit Beginn der 1990er Jahre im ehemaligen Ostblock wurde aber nicht nur der „Kalte Krieg“ beendet, es kam auch zu einer Zerschlagung der UdSSR durch die Gründung unabhängiger Staaten, und insbesondere zu einem ökonomischen

---

<sup>14</sup> Vgl. Martin, H.-P./Schuman, H., Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 13. Aufl., Hamburg-Reinbek 1997, S. 9 - 14

<sup>15</sup> Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2000, Den Aufschwung nutzen - Politik für Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und ökologischen Umbau, Köln 2000, S. 150

<sup>16</sup> Vgl. Huffschnid, J., Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 1999

<sup>17</sup> Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2000, a.a.O., S. 136)

<sup>18</sup> Vgl. Bontrup, H.-J./Zdowomyslaw, N., Friedensdividende - oder die Kontinuität der Rüstung als immer lohnendes Geschäft?, in: Hickel, R./Kisker, K. P./Mattfeld, H., Troost, A., Festschrift zum 60. Geburtstag von Jörg Huffschnid, Politik der Kapitals - heute, S. 340 - 355

Systemwechsel, der bis heute in Russland nicht abgeschlossen und instabil ist und das Land in einen für die Weltgemeinschaft nicht ungefährlichen Zustand versetzt hat. Russland, so *Wladimir Putin*, in seiner Rede zur Lage der Nation Anfang Juli 2000, rutsche wirtschaftlich zusehends auf den Stand eines Entwicklungslandes.<sup>20</sup> Die 1998 aufgetretene schwere Wirtschafts- und Finanzkrise - der Rubel verlor seit Mitte 1998 deutlich mehr als drei Viertel seines Wertes - hat den Entwicklungsprozeß zusätzlich behindert. Besonders bedrohlich ist hierbei auch der Tatbestand, daß die Wirtschaft zunehmend von einer organisierten Kriminalität durchdrungen wird. „Etwa die Hälfte aller wirtschaftlichen Aktivitäten wird nach Schätzungen der Moskauer Staatsanwaltschaft von mafiaartigen Vereinigungen kontrolliert.“<sup>21</sup>

Auch die durch die Auflösung der UdSSR für Deutschland möglich gewordene Wiedervereinigung hat zwar zur Schaffung eines vergrößerten Marktes geführt und damit zumindestens potentiell die Chance für eine erweiterte globale Entwicklung der Weltwirtschaft eröffnet - zehn Jahre „Wirtschafts- und Währungsunion“ in Deutschland ist aber „keine reine Erfolgsstory“ (*Wolfgang Thierse*). „Die gegenwärtige sozialökonomische Situation in den neuen Ländern ist widersprüchlich: Einerseits gibt es gegenüber 1993, dem Tiefpunkt der beispiellosen Transformationskrise, ausgelöst durch die DM-Einführung, deutliche Fortschritte, andererseits sind die neuen Länder von dem politischen Ziel, das ostdeutsche Produktivitäts- und Einkommensniveau dem westdeutschen anzugleichen, nach wie vor weit entfernt.“<sup>22</sup> Der „Aufbau Ost“ ist noch lange nicht abgeschlossen. Ohne nachhaltig hohe Subventionen aus den alten Bundesländern wird auf lange Sicht die Lücke aus verwertbarer Produktion und Nachfrage in Ostdeutschland nicht zu schließen sein. Der durch die Globalisierung zugenommene Konkurrenzdruck belastet in den neuen Bundesländern besonders die in der Mehrzahl vorhandenen Unternehmen, die lohnintensive Erzeugnisse und Dienstleistungen anbieten. Erschreckend ist außerdem der enorm hohe Rückgang der Unternehmensgründungen und der Anstieg der Insolvenzen. Anfang 2000 lag die Unternehmensdichte in Ostdeutschland bei 80 Prozent des Westniveaus.<sup>23</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. die Friedensforschungsinstitute (FEST, IFSH, HSFK, INEF, BICC), Friedensgutachten 2000, Münster, Hamburg, London 2000

<sup>20</sup> Vgl. Aussenwirtschaft, Heft 9/2000, S. 28

<sup>21</sup> Ebenda, S. 27f.

<sup>22</sup> Kowalski, R., Bilanz und Perspektiven des Aufbau Ost, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 8/2000, S. 1.000ff.

<sup>23</sup> Vgl. BMWi, Wirtschaftsdaten Neue Länder, März 2000, S. 20

Auch die europäische Wirtschafts- und Währungsunion schafft bei den Menschen bisher mehr Verunsicherung und schürt so Globalisierungsängste. Der seit Einführung des Euros eingetretene Wertverlust (rund 30 Prozent) unterstützt diese Ängste nachhaltig. Er befördert zwar den Export - insbesondere den der Bundesrepublik - treibt aber auch die Binneninflation über verteuerte Importe an. Zinserhöhungen der EZB zur Bekämpfung gestiegener Preise gefährden im Gegenzug die Beschäftigung. Aber auch von den ökonomischen Grunddaten der letzten zehn Jahre in der EU - sieht man einmal von den politischen Skandalen großzügig ab - besteht absolut kein Grund zum Jubeln. Insbesondere der Vergleich mit den USA fällt eindeutig negativ aus.<sup>24</sup> Das Wachstum in der EU lag in den 90er Jahren jahresdurchschnittlich bei 2 Prozent, während es in den USA um 3,5 Prozent zulegte. Da die Produktivität nur um 1,6 Prozent zunahm, stieg die Zahl der Beschäftigten in den USA zwischen 1991 und 1999 beeindruckend um 17,2 Millionen. In der EU konnte dagegen lediglich ein Anstieg um 1 Million Beschäftigte registriert werden. Hier lag das Produktivitätswachstum mit 1,7 Prozent nicht wesentlich unter der Wachstumsrate.<sup>25</sup>

Zur Erklärung des amerikanischen „Beschäftigungswunders“ „verweisen Politiker, Unternehmer und Wissenschaftler überwiegend auf die technologische Dynamik der new economy. Sie sei im wesentlichen ein Produkt der Informations- und Kommunikationstechnologie, von Internet und E-commerce, neuer Flexibilität und neuen Unternehmergeistes der Beschäftigten und Kapitaleigner. All dies habe eine neue Welle produktivitätsgetriebenen Wachstums erzeugt, die sich für lange Zeit halten und selbst verstärkend weiter aufschaukeln werde.“<sup>26</sup> Diese Diagnose ist jedoch vor dem Hintergrund des tatsächlich eingetretenen Produktivitätswachstums wenig überzeugend. Die richtige Erklärung liegt dagegen in den Antriebskräften für den privaten Verbrauch, der in den 90er Jahren jahresdurchschnittlich in den USA mit 3,7 Prozent fast doppelt so hoch lag wie in der EU mit 1,9 Prozent. Diesen Unterschied kompensiert auch nicht der Staatsverbrauch, der in der EU mit 0,4 Prozent jahresdurchschnittlich stärker gestiegen ist als in den USA. Dies führte in Kombination letztlich dazu, daß die Bruttoanlageinvestitionen in den USA kräftig um 7 Prozent zulegten, in der EU aber nur ein Wachstum von 2,3 Prozent zu verzeichnen war. Dem ganzen steht allerdings ein amerikanisches Leistungsbilanzdefizit gegenüber, daß laut IWF-Prognose im Jahr 2000 bei rund 4 Prozent des amerikanischen Inlandsprodukts liegen wird. Da die

---

<sup>24</sup> Vgl. Huffschmid, J., New Economy in den USA, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2000, S. 1.258ff.

<sup>25</sup> In Deutschland lag das Produktivitätswachstum mit 2 Prozent um 0,7 Prozent über dem realen Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent. Da in Deutschland die Arbeitszeit pro Beschäftigten in den 1990er Jahren mit rund 1.500 Stunden konstant blieb, kam es in Folge zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosen von jahresdurchschnittlich 2,6 Millionen 1991 auf 4,1 Millionen 1999.



amerikanische Inlandsnachfrage rascher stieg als die Produktion, mußte ein zunehmender Anteil des inländischen Verbrauchs durch Importe gedeckt werden. „Handelte es sich nicht um die USA, würde man sagen: Dieses Land lebt über seine Verhältnisse. Diese Qualifizierung wäre umso zutreffender, als der den anhaltenden Konjunkturaufschwung der USA tragende Faktor die Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist, deren Sparquote inzwischen gegen Null geht.“<sup>27</sup>

Wie erklärt sich diese Entwicklung? „Die Abnahme des Sparens und die Zunahme des in steigendem Maße kreditfinanzierten Konsums war (...) wesentlich durch die Entwicklung auf den Finanzmärkten in den USA bedingt. Der erhebliche Teil - ungefähr die Hälfte - der amerikanischen Haushalte, der Aktien besitzt, sah sich durch die explosionsartige Entwicklung der Aktienkurse in den 90er Jahren - und insbesondere in den letzten drei Jahren - reich geworden und gab entsprechend mehr Geld aus.“<sup>28</sup> Hinzu kam, daß die amerikanische Zentralbank eine Geldpolitik der reichlichen Kreditversorgung mit niedrigen Zinsen betrieb und neben der Gewährleistung stabiler Preise zudem eine Politik zur Förderung der Beschäftigung initiierte.

Der Boom auf den amerikanischen Finanzmärkten erklärt sich dabei allerdings nicht in erster Linie aus der Dynamik der amerikanischen Binnenwirtschaft, sondern ist vielmehr weltwirtschaftlichen globalen Entwicklungsprozessen geschuldet, insbesondere den schweren Finanzkrisen in Asien, Lateinamerika und Russland. „Diese Krisen, die ihrerseits vor allem durch den massiven Zufluß kurzfristigen ausländischen Kapital in attraktive Schwellenländer und den plötzlichen und ebenso massiven Abzug dieses Kapital verursacht waren, führten dazu, daß das anlagesuchende Kapital angesichts der allgemeinen Verunsicherung Zuflucht im sicheren Hafen der Dollaranlagen in den USA suchte. Das Vertrauen in die Stabilität des Dollar konnte sich dabei zwar nicht auf wirtschaftliche Tatsachen stützen (...) Das Vertrauen der maßgeblichen Finanzanleger der Welt dürfte vielmehr vor allem auf die politische und militärische Vormacht der USA in der Welt zurückzuführen sein (auch vor dem Hintergrund der politischen und ökonomischen Schwäche Russlands, d. V.), die dem Dollar eine einzigartige Rolle in der Weltwirtschaft verschafft. Nur diese Stellung kann erklären, weshalb (...) das Leistungsbilanzdefizit der USA nicht zur Abwertung des Dollar führte. Sie erklärt gleichzeitig, weshalb die Entwicklung in umgekehrter Richtung verlief: Die massive Kapitalflucht aus aller Welt hat den Dollar als sichere

---

<sup>26</sup> Huffschnid, J., New Economy in den USA, a.a.O., S. 1.258

<sup>27</sup> Goldberg, J., Das amerikanische Leistungsbilanzdefizit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2000, S. 872

<sup>28</sup> Huffschnid, J., New Economy in den USA, a.a.O., S. 1.261

Fluchtwährung massiv aufgewertet - und wegen der damit verbundenen Exporthemmnisse zu einer weiteren Ausweitung der Handelsbilanzdefizite geführt. Die Finanzkrisen in der Welt der 90er Jahre erwiesen sich als Glücksfall für die USA.“<sup>29</sup>

Die globalisierte Welt verändert sich aber auch durch neue technische Möglichkeiten der Kommunikation, die eine Bereicherung in Richtung „Wissengesellschaft“ darstellen soll. Außerdem käme es hierdurch zu einer Senkung der Transport- und Informationskosten. Der Stand heute sieht allerdings noch so aus, daß das Fünftel der Länder mit den höchsten Einkommen über 93,3 Prozent aller Internet-Anschlüsse und das ärmste Fünftel über 0,2 Prozent verfügt.<sup>30</sup> Hier sei das Ende der Marktpenetrierung aber noch lange nicht erreicht. Die sog. „dritte industrielle Revolution“, die des Internets, so Siemens-Chef *von Pierer*, stehe uns eigentlich noch bevor. Bereits 2003 will Siemens den Einkauf (Volumen 1999 rd. 70 Milliarden DM!) zu 50 Prozent und den Verkauf zu mindestens 25 Prozent - in konsumnahen Bereichen sogar um 50 Prozent - über das Internet via E-commerce abwickeln.<sup>31</sup>

Nachdem zunächst die großen und mächtigen Industrie- und Handelskonzerne die Entwicklung des Internets teilweise verschlafen hatten, und diesen „neuen Markt“ der sog. New Economy jungen dynamischen Existenzgründern überließen, ist heute E-commerce bereits eine Domäne der Großen. In ein paar Jahren wird sich der noch virulente Markt in einen etablierten Markt der von Großkonzernen kontrolliert und beherrscht wird, völlig gewandelt haben. Den größtenteils an den Börsen völlig überbewerteten Jungunternehmen der IT-Branche geht immer mehr die Luft aus. Marktsättigungen, teilweise mit Überkapazitäten, sind zu beobachten. Bereits heute steht den wenigen Jungunternehmern mit schnellem Erfolg „ein Heer gescheiterter Existenzen gegenüber, Flexibilität und Mobilität lassen sich für das Gros der hier Beschäftigten in schnelle Ersetzbarkeit, enormen Arbeitsdruck und permanente Kontrolle übersetzen. Viele Netzarbeiter sind als Scheinselbständige oder Zeitarbeiter mit kurzfristigen Verträgen tätig, unterliegen einem scharfen Konkurrenzdruck schnell nachwachsender Generationen von neuen Spezialisten und arbeiten oft ohne soziale Sicherungsnetzte. Und die Beschäftigten in Internet-Firmen selbst erhalten oft nur eine niedrige Barentlohnung. Mangels anderer Finanzquellen werden insbesondere in den USA immer höhere Gehaltsanteile in Aktienoptionen ausgezahlt - und damit dem Börsenroulette überantwortet: Boomt das Unternehmen, geht ein warmer Geldregen auf seine Mitarbeiter nieder,

---

<sup>29</sup> Huffs Schmid, J., New Economy in den USA, a.a.O., S. 1.261f.

<sup>30</sup> Vgl. UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 1999, Bonn 1999, S. 3

<sup>31</sup> Vgl. Wirtschaftsteil „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 27.10.2000

purzeln die Kurse, haben die dort Beschäftigten für wenig mehr als nichts gearbeitet. Neu ist daran vor allem, daß im vergangenen Jahrhundert erkämpfte arbeits-, tarif- und sozialrechtliche Standards hier kaum etwas gelten.“<sup>32</sup>

Das Bild ändert sich aber schnell, wenn die Unternehmen der IT-Branche zur Entlassung von MitarbeiterInnen greifen müssen, wie dies zur Zeit in Schweden, dem international am weitesten entwickelten Internetmarkt, der Fall ist. Als die Branche boomte, hatten die Mächtigen-Millionäre für feste Löhne, geregelte Arbeitszeiten und Sozialstandards nur Spott und Hohn übrig. Vor dem Hintergrund erster Entlassungen von Beschäftigten erleben die Gewerkschaften in Schweden einen Zustrom von IT-Spezialisten, die Kündigungsschutz und Arbeitslosenversicherung auf einmal nicht mehr missen möchten.<sup>33</sup>

Die neuen technischen Möglichkeiten, dies ist unumstritten, werden insbesondere die Arbeitsmärkte unter massiven Druck bringen. Die Salden der strukturell angepassten Arbeitsmarktbalancen werden negativ sein. Neben noch mehr Arbeitslosen wird es zu höheren Flexibilitätsanforderungen als auch zu Dequalifizierungsprozessen führen. Das heute in den entwickelten Industrieländern noch bestehende „Normalarbeitsverhältnis“ wird sich immer mehr in Richtung ungesicherter prekärer Verhältnisse auflösen. Die insbesondere durch die Finanzmärkte aufgeheizte „globale Konkurrenz“ in Verbindung mit den technischen Veränderungsprozessen schafft letztlich einen „globalen Arbeitsmarkt“, in dem auch vor dem Hintergrund einer immer mehr wachsenden „industriellen Reservearmee“ kein Job mehr sicher ist.<sup>34</sup>

Nährstoff erhält die Globalisierung auch durch den Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen. „Die Vorrangstellung ‘freier’ internationaler Märkte, die durch internationale Abmachungen in der EU, der Welthandelsorganisation (WTO) dem Weltwährungsfonds (IWF), der OECD und anderen Institutionen bindend festgelegt wird, führt zu einer radikalen Einschränkung des wirtschaftspolitischen Aktionsradius der einzelnen Staaten, insbesondere ihrer Geld-, Zins-, Fiskal- und Handelspolitik. Die Verantwortung für alle wichtigen materiellen sozio-ökonomischen Ziele wie hohe Beschäftigung, faire Einkommensverteilung, Umweltproblematik etc. verbleibt aber in den Händen der Nationalstaaten, denen jedoch

---

<sup>32</sup> Dolata, U., Internet und Old Economy, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 11/2000, S. 1.397

<sup>33</sup> Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2.11.2000, „Schwedens IT-Boom geht die Luft aus“, S. 9

<sup>34</sup> Vgl. Rifkin, J., Das Ende der Arbeit, a.a.O., Altvater, E./Mahnkopf, B., Ambivalenzen im Globalisierungsprozeß, Münster 1996

gleichzeitig die Instrumente für eine eigenständige Wirtschaftspolitik weitgehend entzogen werden. Es besteht ein Widerspruch zwischen international determinierten Rahmenbedingungen und der Abwesenheit einer entsprechenden Koordination international abgestimmter materieller wirtschaftspolitischer Ziele. Logischerweise hätte eine internationale politisch-föderalistische Einigung mit entsprechenden demokratischen Institutionen mit der Globalisierung der Märkte Hand in Hand gehen oder sogar ihr vorangestellt werden müssen. Wie die Dinge jetzt liegen, sehen sich demokratisch gewählte Regierungen infolge der globalen ‘Sachzwänge’ zunehmend unfähig, jene Gestaltung des Wirtschaftsablaufs durchzusetzen, die den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Dies untergräbt die Legitimation des nationalen demokratischen Prozesses und öffnet Tür und Tor für populistische Bewegungen, welche die Demokratie gefährden.“<sup>35</sup>

Die grenzenlose Freiheit der Märkte ohne Zölle und Handelsbarrieren spielt dabei den international und auch transnational agierenden Großunternehmen (Konzernen) in die Hände, die sowohl ihre Produktionsstätten wie ihre Kunden und Zulieferer über die ganze Welt verstreut haben. „Ähnliches gilt für Fragen der nationalen Unterschiede im Geldwesen und in der Wirtschaftspolitik. Wechselkursschwankungen und verschiedenartige Rechtsregelungen erschweren die internationale Firmenpolitik und führen zu der Forderung nach einem möglichst geringen und vereinheitlichten Spielraum für staatliche Eingriffe und Regelungen. Der ‘global freie Markt’ wird zum Leitbild, dessen institutionellen Niederschlag man in den Strukturen der Europäischen Union oder der neuen Welthandelsorganisation (WTO) deutlich erkennen kann.“<sup>36</sup>

Globalisierung durch freie Märkte hat nicht nur in Europa, sondern weltweit zu einer gigantischen Konzentrationswelle durch Fusionen -nicht selten durch feindliche Übernahmen - geführt. Allein in den USA kam es im ersten Quartal 1999 zu knapp 2.500 Fusionen, mit einem Gesamtvolumen von 411 Milliarden Dollar oder 384 Milliarden Euro. Gegenüber 1998 war dies eine Steigerung von 68 Prozent. Dabei werden Konzerne heute nicht mehr nur zwischen zwei, sondern gleich zwischen drei und mehreren Partnern geschlossen.<sup>37</sup> Nun wird argumentiert, der Wettbewerb hätte trotz gigantischer Konzentrationsprozesse nicht abgenommen, sondern aufgrund seines global gewordenen Charakters, eher zugenommen. Die Konzentrationsprozesse würden deshalb

---

<sup>35</sup> Rothschild, K. W., Kapitalismus im Global Village, a.a.O., S. 387

<sup>36</sup> Ebenda, S. 382

<sup>37</sup> Vgl. Althaler, B., Die Macht der Grosskonzerne wächst. Riesenspielzeug Weltwirtschaft, in: Le Monde diplomatique, 12/1999

keine Gefahr darstellen. Mag dies noch - und die Betonung liegt auf „noch“ - für den heutigen Preiswettbewerb, insbesondere in der Telekommunikationsbranche sowie auf Hochtechnologiemärkten und auch im Energiesektor zutreffen, so dürften mit hoher Wahrscheinlichkeit aber bereits morgen wettbewerbsbeschränkende Folgen zu beklagen sein. Hierauf weist auch das deutsche Bundeskartellamt als Ergebnis einer Tagung unter Wettbewerbsexperten hin. Negativ tangiert wird durch die Konzentrationswelle auf jeden Fall der Arbeitsmarkt, weil nun einmal Fusionen „Arbeitsplatzkiller“ sind.

Das gefährlichste an der Konzentration des Kapitals ist aber die damit einhergehende Machtakkumulation. „Der bekannte amerikanische Ökonom *John K. Galbraith* betonte vor Jahren in einem Buch, daß die gewachsene Macht des Monopolkapitals dadurch eingeschränkt und in sozial verträglichere Bahnen gelenkt wurde, daß ihre Machtausbreitung die Bildung einer ‘countervailing power’, also einer ‘Gegenmacht’, in Form von Gewerkschaften, staatlichen Maßnahmen etc. auslöste, welche ihre einseitige Interessendurchsetzung limitierte und einen erträglichen Interessenausgleich ermöglichte. Es waren diese ‘countervailing powers’, die in Dahrendorfs Ausspruch, daß das zwanzigste Jahrhundert das ‘Jahrhundert der Sozialdemokratie’ gewesen sei, zum Ausdruck kommen. Das Neue ist nun, daß durch Globalisierung die countervailing powers gegenüber den dominierenden Interessen der transnationalen Konzerne entscheidend geschwächt sind. Die Tatsache, daß Konzerne heute Betriebs- und Absatzkonzentrationen in verschiedenen Teilen der Welt haben, gekoppelt mit weitestgehender Liberalisierung des Kapitalverkehrs (reales und finanzielles Kapital) und Abbau von rechtlichen und Handelsbarrieren, hat ihnen ein Flexibilitäts- und Drohpotential verschafft, welches die Machtverteilung in Verhandlungsprozessen radikal zu ihren Gunsten verschoben hat. Mit der Androhung bzw. der effektiven Durchführung von nun möglich gewordenen und kurzfristig realisierbaren Investitions- und Produktionsverlagerungen können Gewerkschaften ebenso wie kleinere Zulieferfirmen zu Konzessionen gezwungen werden, und Staaten können veranlaßt werden, konzernfreundliche Maßnahmen rechtlicher und wirtschaftlicher Natur (insbesondere im fiskalischen Bereich) durchzuführen, um den Zuzug von Zweigbetrieben der internationalen Konzerne anzuregen oder deren Abwanderung zu verhindern. Die Folgen dieser Machtverschiebung sind bereits deutlich sichtbar. Zum ersten mal seit langer Zeit (wenn nicht überhaupt zum ersten Mal) sehen wir in mehreren Staaten (insbesondere in den USA, aber nicht nur dort) einen durch mehrere Jahre anhaltenden Rückgang der (durchschnittlichen) Reallöhne bei wachsender Produktion, und in allen Staaten gibt es eine deutliche Tendenz zu einer ungleicheren

Einkommensverteilung und zu wachsender Armut. (...) Nicht minder einschneidend sind die Auswirkungen im politischen Bereich. Hatte früher der Staat, selbst bei konservativen, unternehmerfreundlichen Regierungen stets ein Interesse - nicht zuletzt mit Rücksicht auf Wahlerfolge - neben der Förderung der nationalen Industrie auch die Interessen anderer Gesellschaftsschichten zu berücksichtigen (Agrarpolitik, Sozialpolitik, Beschäftigung), so muß er sich heute weithend darauf einstellen, den Konzernen ihren Aufenthalt im Land schmackhaft zu machen. Nichts zeigt dies deutlicher als der Wandel in den deklarierten Prioritäten der Wirtschaftspolitik.<sup>38</sup>

Wesentliche Veränderungen haben im globalisierten Kapitalismus außerdem - und hier wohl am deutlichsten - im Finanzbereich stattgefunden. Dies leuchtet vor dem Hintergrund der „elektronischen Revolution“ und den sich daraus ableitenden Kommunikationsmöglichkeiten sofort ein - und zeigt sich auch an den empirischen Befunden. Weltweit legten in den letzten zehn Jahren die grenzüberschreitenden internationalen Bankkredite um 10 Prozent und der Währungs- und Aktienhandel sogar um 25 Prozent jahresdurchschnittlich zu.<sup>39</sup> „Nirgendwo ist der entgrenzte, globalisierte Wettbewerbsraum so vollständig realisiert wie auf den Finanzmärkten.“<sup>40</sup> Hierdurch hat das weltweit vagabundierende Finanzkapital noch einmal zusätzlich an Dominanz und Macht gewonnen, vor der *Rudolf Hilferding* in seinem Buch „Das Finanzkapital“ bereits in den 1920er Jahren nachhaltig gewarnt hat. Nicht nur Unternehmen, sondern ganze Volkswirtschaften bekommen diese Macht heute zu spüren. Unternehmen kündigt man kurzerhand die Kreditlinien oder sie bekommen erst gar nicht einen benötigten Kredit zur Unternehmensgründung und bei jeder erkennbaren nationalen Wachstumsschwäche werden Volkswirtschaften von den global herrschenden Finanzmärkten durch Kapitalabzug brutal bestraft, was besonders Entwicklungsländer bei einer chronischen Überschuldung hart trifft.

Das Paradoxe an den globalen Finanzmärkten ist aber der Tatbestand, daß es einen rückläufigen Finanzierungsbedarf für Realinvestitionen gibt, die Wachstums- und Beschäftigungseffekte generieren und es trotzdem zu einer explosionsartig angewachsenen Entwicklung auf den Finanzmärkten gekommen ist. „Die Eigenfinanzierung aus Gewinnen, Abschreibungen und sonstigen Elementen des cash-flow ist in den letzten beiden Jahrzehnten im Trend gestiegen, die externe Finanzierung demgegenüber zurückgegangen. Eine Erklärung hierfür liegt darin, daß die

---

<sup>38</sup> Rothschild, K. W., Kapitalismus im Global Village, a.a.O., S. 385

<sup>39</sup> Vgl. The Economist vom 18.10.1997

<sup>40</sup> Sachs, W., Effizienz als Destruktivkraft. Ökologische Folgen der Globalisierung, a.a.O., S. 980

Investitionsdynamik während dieser Zeit insgesamt nachgelassen hat. Gleichzeitig ist durch harte Umverteilung der Anteil der Gewinne am Sozialprodukt gestiegen. Beides zusammen erlaubt es, einen größeren Teil der relativ geringeren Investitionen aus Eigenmitteln zu finanzieren.“<sup>41</sup> Daß die Finanzmärkte trotzdem gewachsen sind, liegt in der Zunahme des Angebots an liquiden Mittel, für die aufgrund der langfristigen Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums unzureichende reale Investitionsmöglichkeiten bestehen. Hierdurch tritt die Vermögenssicherung durch Finanzinvestitionen bei den Wirtschaftsakteuren in den Vordergrund. „Die Lösung der Finanzinvestition von der stofflichen Basis bedeutet, daß sich die Gewinnerwartungen von Finanzinvestitionen nicht - oder jedenfalls nicht in erster Linie - auf einen Teil des Profits - in Form von Dividenden oder Zinsen - richten, den das Anlageobjekt an sich zieht. Sie richten sich vielmehr oft in erster Linie auf Preis- bzw. Kursänderungen der Aktien, Anleihen oder anderen Wertpapieren. Das Spekulationsmotiv wird zunehmend zum Motor der Finanzmärkte. Gegenstand von Finanzspekulationen werden dann nicht nur tatsächlich übertragende Wertpapiere (wie Aktien), sondern auch künstliche Finanzprodukte, bei denen eine Übertragung prinzipiell nicht möglich ist (wie Aktienindices). In dem Maße, wie derartige Finanzwetten das Geschehen bestimmen, nehmen die Finanzmärkte den Charakter von Kasinos an.“<sup>42</sup>

**Fragen:**

**Gibt es eine konfliktäre oder harmonische Beziehung zwischen Zielsetzungen und Aktivitäten internationaler Organisationen (z.B. IWF, WTO) und der Verfolgung von Nachhaltigkeits- und Klimaschutzzielen?**

**Ist die Praxis von IWF und Weltbank geeignet, eine nachhaltige Energieversorgung in den Entwicklungsländern zu fördern oder zu initiieren?**

**Antworten:**

Bleibt es zukünftig bei einer weltweiten neoklassisch/neoliberalen Politikausrichtung so sind die potentiellen Chancen einer Globalisierung und Liberalisierung im Hinblick auf eine gerechtere Verteilung der Weltressourcen und der letztlich durch Arbeit geschaffenen Wertschöpfung eher gering einzuschätzen. Eine derartig einseitig auf die Befriedigung der Kapitalinteressen setzende Politik wird die tiefe ungleiche Verteilung der menschlichen Daseinsgestaltung und die Umweltproblematik noch massiv verschärfen. Für die Länder der „Zweiten“ und „Dritten“ Welt

---

<sup>41</sup> Huffschnid, J., Politische Ökonomie der Finanzmärkte, a.a.O., S. 18

bedeutet dies mit hoher Wahrscheinlichkeit eine immer größer werdende Entwicklungs- und Wohlfahrtsschere zu Gunsten der reichen Industrienationen. Die so insgesamt wachsende Ungleichheit zwischen Schuldnern und Gläubigern, die eskalierende Explosivwirkung von Armut und Elend auf der einen und unermesslichem Reichtum auf der anderen Seite, werfen aber auch die Frage auf, wie viel Ungleichheit bei weiter wachsender Erdbevölkerung die Menschheit noch ertragen kann. Reicht es zukünftig auch noch aus, die Augen zu verschließen, Sichtblenden zu bauen und sich vor den Armen durch elektronisch gesicherte Zäune vermeidlich zu schützen? Diese Frage dürfte eher mit einem klaren nein zu beantworten sein.

Was eine von IWF und Weltbank praktizierte neoklassisch/neoliberale Wirtschaftspolitik gerade in Entwicklungsländern bewirkt, sei hier nur beispielhaft für das Land Ecuador aufgezeigt.

Dazu einige Daten: Die Staatsschuld Ecuadors beläuft sich auf 13,5 Milliarden Dollar, was rund 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Arbeitslosenquote liegt bei 50 Prozent, ein Drittel der Bevölkerung ist nicht mit Trinkwasser versorgt, 64 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 15 Jahren gehen mangels Geld nicht zur Schule, für 70 Prozent der Bevölkerung gibt es keine medizinische Versorgung, die Realeinkommen der beschäftigten Arbeitnehmer sind innerhalb eines Jahres um 20 Prozent gesunken. Trotz dieser ökonomischen und sozialen Lage in Ecuador verlangt der IWF eine Schuldentrückzahlung und macht weitere Kredite von der Umsetzung einer neoklassischen Wirtschaftspolitik und der Umsetzung eines drastischen Sparprogramms in Verbindung mit einer offiziellen Anerkennung des Dollars als Landeswährung abhängig. Weiter wird verlangt: die Streichung der staatlichen Subventionen für Grundbedarfsgüter, drastische Einschnitte in den Restbestand an öffentlichen Dienstleistungen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierung staatseigener Unternehmen (u.a. der Telekommunikations- und Elektrizitätsgesellschaften), Bau einer zweiten Pipeline über die Anden, Abbau der Zolltarife, Erhöhung der Mehrwertsteuer, massive Erhöhung der Benzin- und Gaspreise und anderes mehr. Bisher hat sich der ecuadorianische Kongress angesichts der Gefahr einer sozialen Explosion im Land geweigert, die genannten Maßnahmen umzusetzen.<sup>43</sup>

Die Position wird aber wohl nicht aufrecht zu halten sein. Am Ende wird man wie überall versuchen über gesteigerte Exporte die Schuldenlast zu verringern. „Ein Blick in die Geschichte von Strukturanpassungsmaßnahmen lehrt, daß - neben den sozial schwächeren Bürgern - gerade

---

<sup>42</sup> Ebenda, S. 15



die Umwelt als Geisel für Exportaufschwung erhalten muß. Allerdings macht das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht selten die Früchte der Exportförderung zunichte. Mit steigendem Angebot auf den Rohstoffmärkten fällt häufig der Preis, und der geringere Verdienst muß wiederum mit der Ausfuhr größerer Mengen kompensiert werden (es kommt zu einer „anormalen Angebotsfunktion“, d.V.). Falls eine Finanzkrise auch Abnehmerländer umfaßt, dann fällt obendrein auch die Nachfrage und die Rohstoffpreise geraten noch weiter unter Druck. Genau dies ist nach der Asienkrise 1997 geschehen.“<sup>44</sup> Hinzu kommt, daß sich die armen Länder am wenigsten vor Währungskrisen schützen können, die mit der Liberalisierung und Globalisierung verbunden sind. „Währungskrisen stellen leicht eine Bedrohung für den Naturbestand in den betroffenen Ländern dar. Sie verschärfen den sowieso schon chronischen Hunger verschuldeter Staaten nach ausländischen Devisen, um Kredite zurückzahlen zu können und wenigstens ein Minimum an Nahrungsmitteln, Gütern und Kapital ins Land zu bringen. Da bleibt oft nichts anderes übrig, als die unentgeltlich verfügbare Natur als Devisenbringer einzusetzen. Der gegenwärtige Boom in der Ausfuhr von Öl, Gas, Metallen, Holz, Futtermitteln und Agrarprodukten wird zu einem guten Teil von der sich vertiefenden Finanzkrise in südlichen Ländern angetrieben. Gerade wertvolle Waldbestände verschwinden Zug um Zug im Gefolge der Schuldenlast. Man könnte geradezu (...) von einer kausalen Beziehung zwischen fallenden Währungen und fallenden Bäumen sprechen.“<sup>45</sup>

Vor diesem Hintergrund muß die Frage, ob die Praxis von IWF und Weltbank geeignet ist, eine nachhaltige Umweltpolitik bzw. enger gefragt, „eine nachhaltige Energieversorgung in den Entwicklungsländern zu fördern oder zu initiieren“, eindeutig mit einem nein beantwortet werden. Die praktizierte Politik ist ja nicht einmal in der Lage für die Menschen in den Entwicklungsländern auch nur ein einigermaßen erträgliches Leben zu gestalten, wozu *Elmar Altvater* bemerkt: „Es ist schwer vorstellbar, dass eine Politik des ‘ökologischen Umsteuerns’ Erfolg bringt, wenn die soziale Ungleichheit nicht zugleich verringert wird. Denn sowohl Armut als auch Reichtum haben negative ökologische Wirkungen; die einen zerstören die Umwelt aus Not, die anderen weil sie hohe Flächen, Mobilitäts- und Ressourcenansprüche realisieren können. Besonders fatal für die Umwelt aber ist die Kluft zwischen reich und arm. Je größer die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, desto größer auch die Umweltschäden.“<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup> Le Monde diplomatique, 6. Jg., 9/2000, S. 16

<sup>44</sup> Sachs, W., Effizienz als Destruktivkraft. Ökologische Folgen der Globalisierung, a.a.O., S. 980

<sup>45</sup> Ebenda, S 980

<sup>46</sup> Altvater, E., Wenn Ökonomen der Natur ein Schnippchen schlagen wollen, a.a.O., S. 215

**Frage:**

**Welche Konsequenzen sind aus der zunehmenden Globalisierung für die Ausgestaltung einer Politik der nachhaltigen Entwicklung abzuleiten?**

**Antwort:**

Neben der bereits angeführten neoklassisch/neoliberalen wirtschaftspolitischen Ausrichtung setzt die Welt zur Lösung von Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und der Umweltproblematik einäugig auf Wachstumsprozesse. Dies liegt zwar in der Logik kapitalistischer Ökonomien, die nun einmal ihre Basis in der Dynamik des Akkumulations- bzw. Kapitalverwertungsprozesses zur einseitigen Profiterzielung für die Kapitaleigentümer besitzt. Eine Lösung ist dies für die Produktionsfaktoren Arbeit und Umwelt aber nicht. Wachstumsstrategien führen insbesondere vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Globalisierung - selbst wenn es auf mikroökonomischer Ebene zu einem effizienteren Einsatz der Energien und Natur kommt - zu einem absolut höheren Ressourcenverbrauch. „Denn Marktliberalisierung mag zwar den spezifischen Ressourcenverbrauch senken, d.h. den Ressourceneinsatz pro Einheit an Output, doch wird der gesamte Ressourcenverbrauch gleichzeitig wachsen, wenn das Volumen an Wirtschaftstätigkeit expandiert. In der Geschichte der Industriegesellschaft wurden bislang Effizienzgewinne regelmäßig in neue Expansionschancen umgewandelt. Darin liegt - ökologisch gesehen - die Achillesferse der Globalisierung.“<sup>47</sup>

Die Ausgestaltung einer heutigen Politik verlangt daher nach einer weltweit differenzierten „nachhaltigen Entwicklung“.<sup>48</sup> In den reichen Ländern des Nordens muß es zu einer „Entschleunigung“ des wirtschaftlichen Wachstums;<sup>49</sup> bei gleichzeitiger Reduktion der

---

<sup>47</sup> Sachs, W., Effizienz als Destruktivkraft. Ökologische Folgen der Globalisierung, a.a.O., S. 977f.

<sup>48</sup> Vgl. Priewe, J., Von Rom nach Wuppertal? Auf der Suche nach den ökologischen Grenzen des Wachstums. Ökologische Leitplanken für nachhaltige Entwicklung, in: Helmedag, F./Reuter, N., Der Wohlstand der Personen, a.a.O., S. 421ff.

<sup>49</sup> Vgl. Reuter, N., Unbegrenzte Bedürfnisse und stagnierende Wirtschaft - ein ökonomisches Paradoxon? Kritik der bedürfnistheoretischen Grundlagen der Ökonomik, in: Helmedag, F./Reuter, N., Der Wohlstand der Personen, a.a.O., S. 443ff.

Produktivitätsentwicklung kommen, um Arbeitslosigkeit abzubauen.<sup>50</sup> Oder die Produktivität wird in eine nachhaltige Arbeitszeitverkürzung umgesetzt. Außerdem muß es zu einem verstärkten Ausbau regional wirkender Kreislaufökonomien kommen und die Beschäftigung ist in arbeitsintensive Bereiche wie Sozialbereiche, Gesundheit, Bildung und Umweltbereiche zu lenken.<sup>51</sup>

Die heutige Globalisierung und Liberalisierung steht allerdings dieser „Entschleunigung“ von Wachstum und Produktivitätsentwicklung entgegen, weil der Stachel der internationalen und global gewordenen Konkurrenz die einzelnen Länder im sog. „Standortwettbewerb“ zu einer permanenten Steigerung der Wachstumsraten und Arbeitsproduktivität zwingt, um dadurch die Lohnstückkosten zu senken und auf dem Umweg über Exportsteigerungen vorübergehend Arbeitsplätze zu schaffen. „Im Endeffekt sind freilich bei der Verfolgung dieser Strategie Beschäftigungsverluste unvermeidlich. Denn alle ‘Standorte’ müssen ihre ‘systemische Wettbewerbsfähigkeit’ dadurch aufbessern, dass sie alle Prozesse beschleunigen und Arbeit durch Kapital (...) substituieren. (...) Die seit Mitte der 70er Jahre beklagte ‘Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung’ wird also durch Globalisierung befördert.“<sup>52</sup> Hinzu kommt, daß der Substitutionsprozeß in der Regel einen stärkeren Anstieg des Kapitalkoeffizienten bzw. ein Sinken der Kapitalproduktivität in Relation zur Arbeitsproduktivität impliziert, wodurch selbst bei einer unveränderten Verteilung zwischen Lohn- und Gewinnquote die Profitrate tendentiell sinkt und dadurch eine Gefahr für das gesamte System herbeigeführt wird.<sup>53</sup>

Was weltweit benötigt wird, ist eine Wirtschaftspolitik, die das marktwirtschaftlich immanent störungsanfällige System (vgl. *Marx*, *Schumpeter* und *Keynes*) durch staatlich regulierte Eingriffe im Sinne eines weltweiten Postkeynesianismus zähmt.<sup>54</sup> Aus der Interessensicht der Faktoren Arbeit und Umwelt folgt hieraus kurzfristig das wohl wichtigste globale politische Ziel, nämlich die außer Kontrolle geratenen globalisierten und entgrenzten Kapitalmärkte, die als einzige Form der wirtschaftlichen Globalisierung nicht auf einen physischen Transport angewiesen sind, durch

---

<sup>50</sup> Gegenwärtig müssen beispielsweise in Deutschland etwa 3 Prozent reales Wirtschaftswachstum realisiert werden, bevor die Beschäftigungsschwelle überhaupt erreicht wird.

<sup>51</sup> Vgl. Schneider, H. P., Global denken, lokal handeln. Die Rolle der Regionen und Kommunen in einer globalisierten Welt, in: R. Jochimsen (Hrsg.), Globaler Wettbewerb und weltwirtschaftliche Ordnungspolitik, S. 182ff.

<sup>52</sup> Altvater, E., Wenn Ökonomen der Natur ein Schnippchen schlagen wollen, a.a.O., S. 219

<sup>53</sup> Vgl. Bontrup, H.-J., Säkulare Entwicklung der Kapitalrentabilität, in: WSI-Mitteilungen, Heft 10/2000

<sup>54</sup> Vgl. Elsenhans, H., Aspekte eines weltwirtschaftlichen Keynesianismus, in: Goldschmidt, W., Klein, D., Steinitz, K., (Hrsg.), Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive, Beiträge zum sechzigsten Geburtstag von Herbert Schui, Heilbronn 2000, S. 142 - 156

eine „weltweite konzertierte Aktion“, durch ein „Global Governance“<sup>55</sup> zu zähmen und sie auf ihre dienende Funktion gegenüber den Realmärkten und der Umwelt zurückzuwerfen. Um dies Ziel zu realisieren muß folgendes geschehen:

- „Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin- Tax).
- Die Schließung der Steuerparadiese und „Off-Shore-Zentren“.
- Keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds).
- Das Verbot von spekulativen Derivaten und der hochspekulativen „Hedge-Funds“.
- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer.
- Strengere Banken- und Börsenaufsicht auch für die sog. institutionellen Anleger.
- Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen.
- Die demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen.
- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen“<sup>56</sup>

*Jörg Huffschnid* hat darüber hinaus ein erweiterstes und konkretisiertes „Reformszenario für IWF und Weltbank“, insbesondere zur Stabilisierung der Wechselkurse und der Finanzmärkte zum Kampf gegen die Armut im Süden vorgelegt.<sup>57</sup>

Soll es zu einer wirklichen „Entschleunigung“ kommen, so muß es außerdem natürlich auch endlich möglich werden, die „tickende Zeitbombe“ des ungebremsten Bevölkerungswachstums durch strikte Geburtenkontrollen in den Entwicklungsländern zum Stoppen zu bringen. Will man wirklich ernst machen mit einer gerechteren Welt und sauberer Umwelt, so müssen die Reichen dieser Welt von ihrem Reichtum beträchtlich zu Gunsten der Armen abgeben. Die Überbewertung des Faktors Kapital muß zur gegenwärtigen Unterbewertung des Faktors Arbeit (auch in den entwickelten Ländern) und der so gut viel überhaupt nicht stattfindenden Bewertung des dritten Produktionsfaktors Umwelt (Boden) zurückgedrängt werden.

---

<sup>55</sup> Vgl. Jochimsen, R., Globalisierung heute. Was ist neu, wo liegen die Risiken?, a.a.O., S. 35ff.

<sup>56</sup> Nahmhafte Persönlichen haben eine Erklärung unterzeichnet, die das „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“ am 31.5. 2000 in Berlin vorlegte. Die hier genannten Punkte waren der zentrale Forderungskatalog. Vgl. dazu Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 8/2000, S. 1.022. Vgl. dazu auch Huffschnid, J., Politische Ökonomie der Finanzmärkte, a.a.O., sowie Schratzenstaller, M., Was tun mit den globalisierten Kapitalmärkten?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 9/2000, S. 1.133ff..

<sup>57</sup> Vgl. Huffschnid, J., Demokratisierung, Stabilisierung und Entwicklung. Ein Reformszenario für IWF und Weltbank, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 11/2000, S. 1.345ff.

Um eine Reduktion des Naturverbrauchs herbeizuführen, muß neben einer Umverteilung von „Oben“ nach „Unten“, endlich auch eine richtige ökonomische Bewertung der Umwelt als auch der Rohstoffe (insbesondere des Erdöls) erfolgen. Dazu gehört a) die Internalisierung negativer externer Umwelteffekte in den privatwirtschaftlichen Kalkulationen; von dem wir noch weit entfernt sind und b) bei den Rohstoffen - vor allem bei den nicht regenerativen - eine an den langfristigen Ausbeutungsmöglichkeiten orientierte Preispolitik, die die Knappheit widerspiegelt und nicht wie heute allseits üblich eine Kalkulation auf kurze Sicht nach Wachstumsforderungen impliziert. Das damit einhergehende Auf und Ab der Preise löst außerdem kurzfristige Wirtschaftskrisen aus, besonders in den Entwicklungsländern. „Der Ölpreis ist bekanntlich weit davon entfernt, die vollen ökologischen Kosten zu repräsentieren, vielmehr fällt er seit 1980 drastisch - und Erdöl ist das Antriebsmittel für fast alle Transporte.“<sup>58</sup> So reagiert das Opec-Kartell auf die jüngsten Ölpreissteigerungen auf Druck der Industriestaaten mit einer Ausweitung der Öl-Fördermenge zur Senkung des Ölpreises zwar neoklassisch wachstumsorientiert, ökologisch betrachtet aber kontraproduktiv.

Will man aber nicht nur in politischen Sonntagsreden eine ökologisch effiziente Produktion und Konsumtion sicherstellen, so muß es zu einer ökologisch angepassten Preispolitik kommen. Dies wird bei konsequenter Anwendung allerdings zu einer veränderten Konsumtionsstruktur und damit auch zu einer veränderten Produktionsstruktur führen. Wie sozial schwierig dabei die Umsetzung einer solchen Internalisierung von Umweltkosten und eine ökologisch intendierte Preispolitik ist, zeigen die in Deutschland zur Zeit stattfindenden Energieverteuerungen. Der heute neoliberal organisierte Markt wird jedenfalls zur gesellschaftlichen Umsetzung dieser ökologischen Umbewertung knapper Ressourcen nicht annähernd in der Lage sein. Hier ist eindeutig der lenkende (intervenierende) Staat gefordert.

Weiter ist es notwendig, daß die von der *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages* bereits im Jahr 1998 bestätigten Regel für eine „ökologische Nachhaltigkeit“ endlich umgesetzt werden. Dazu gehören:

- Die Nutzung der erneuerbaren Ressourcen soll deren Regenerationsfähigkeit nicht gefährden.
- Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, wie Ersatz geschaffen wird.

---

<sup>58</sup> Sachs, W., Effizienz als Destruktivkraft. Ökologische Folgen der Globalisierung, a.a.O., S. 981

- Stoffeinträge in die Umwelt sollen die Belastbarkeit der Ökosysteme nicht überschreiten.
- Die Zeiten von ökonomischer Nutzung und die natürlichen Zeitmaße müssen sich angleichen.
- Risiken für die menschliche Gesundheit und soziale Integrität durch Eingriffe in die Natur sind zu vermeiden.

**Frage:**

**Führt die ökonomische Globalisierung zu steigendem Verkehrsaufkommen und damit zu steigendem Verbrauch an Mineralöl?**

**Antwort:**

Davon ist auszugehen, obwohl vor allem in den Industrieländern der weniger mineralölintensive Dienstleistungssektor einen enormen Anstieg auf Kosten der Industrieproduktion genommen hat. In den USA ist beispielsweise der Anteil des produzierenden Gewerbes am BIP von 22 Prozent 1977 auf 17 Prozent 1997 gesunken. Jährlich steigt der Öl-Förderbedarf trotzdem um ca. 2 Prozent.<sup>59</sup> Da aber alle Formen wirtschaftlicher Globalisierung - außer die der Finanzwelt - auf einen physischen Transport angewiesen sind und Mineralöl der wichtigste Energieträger für Transportprozesse ist, wird aus den folgenden Gründen eine Zunahme des Mineralölverbrauchs hochwahrscheinlich:

- Güter - selbst hoch verderbliche - werden heute von einem Ort der Welt zu jeder Zeit an einen anderen geliefert. Dies macht selbst vor dem Transport von in der Nordsee gefangenen Krabben, die wegen der billigen Arbeitskräfte zum Pülen nach Marokko gebracht werden um sie danach in Hamburg zu verkaufen, keinen Halt.
- Länder tauschen nicht mehr überwiegend Güter, die sie wechselseitig nicht selbst herstellen - wie früher Rohstoffe gegen Maschinen -, sondern beim Handel treten ausländische Anbieter zusätzlich zu den einheimischen auf. Sie gleichen keine Produktlücken im einheimischen Angebot aus, sondern versuchen das einheimische Angebot entweder über eine aggressive Preispolitik oder über symbolische Differenzierung aus dem Markt zu drängen: koreanische Autos für das Autoland Amerika, mexikanisches Bier für die Biernation Deutschland - etwa die Hälfte des Welthandels findet innerhalb von Industriebranchen statt, d.h. dieselben Güter werden gleichzeitig importiert wie exportiert.

---

<sup>59</sup> Sarkis, N., Die nächste Ölkrise kommt bestimmt, in: Le Monde diplomatique, 6. Jg., 3/2000

- Durch den Ausbau des Systems des internationalen Luftverkehrs kommt es außerdem zu einem Entfernungsschwund und der Transport von Gütern und Personen steigt. Der Personenverkehr in der Luft nimmt gegenwärtig um 5 Prozent und noch stärker mit Zuwachsraten bis zu 12 Prozent, der Luftfrachtverkehr zu. Auch zukünftig muß hier mit Wachstum gerechnet werden.<sup>60</sup>
- Ebenso ist der Straßenverkehr gestiegen. Dies gilt sowohl für den Personenverkehr als auch für den Gütertransport auf der Straße. Bis zum Jahre 2010, so die Prognose, könnte sich in der EU der Güterverkehr verdoppeln. 1999 lag die beförderte Gütermenge in Deutschland bei 1.516 Mio. t. Davon entfielen 60 Prozent auf den LKW-Fernverkehr und lediglich 15 Prozent auf die Bundesbahn mit rückläufigen Wachstumsraten. Der Rest entfiel auf Schiffe und auf Luftfracht. Hier ist wohl aus Flexibilitäts- und Kostengründen, aber auch aus Kapazitätsgründen, in Zukunft mit keiner ökologischen Trendwende zum Verkehr auf der Schiene zu rechnen.<sup>61</sup>

**Frage:**

**Erhöht sich durch die Globalisierung die Möglichkeit von Entwicklungsländern, Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien anzuwenden?**

**Antwort:**

Vor dem Hintergrund der zuvor ausführlich geschilderten Globalisierungsaspekte und den darin zum Ausdruck kommenden ökonomischen und sozialen Problemen in den Entwicklungsländern, aber auch in Anbetracht der noch zu hohen Kosten für derartige Energien (Stichwort: Solarenergie) muß eher davon ausgegangen werden, daß Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht zur Anwendung kommen werden.

**Frage:**

**Gibt es Prozesse der Globalisierung, bei denen „schmutzige und energieverwendende Technologien, die in den Exportländern nicht mehr angewendet werden, in Entwicklungsländer exportiert werden?**

**Antwort:**

---

<sup>60</sup> Vgl. DIW-Wochenbericht 37/2000

<sup>61</sup> Vgl. Aussenwirtschaft, Heft 9/2000

Dies kann nicht ausgeschlossen werden, wenn in den industrialisierten Nordländern bestehende Energie-Überkapazitäten, die in der Regel Alttechnologien implizieren, abgebaut werden. Hier locken für die Exportländer noch Extraprofite, weil die Altanlagen längst abgeschrieben sind.

**Frage:**

**In welchem Umfang trägt Globalisierung dazu bei, dass gebrauchte Anlagen, Maschinen und Fahrzeuge aus OECD-Staaten in Schwellen- und Entwicklungsländer exportiert und damit Nachhaltigkeitsziele verfehlt werden?**

**Antwort:**

Durch die Öffnung der Märkte wird dieser Transfer zunehmen. Er erhöht in diesen Ländern die Produktivität und führt so zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit. Ökologische Nachhaltigkeitsziele dürften dabei nur von untergeordneter Bedeutung sein.

**Frage:**

**Gibt es Besonderheiten auf dem Energiemarkt?**

**Antwort:**

Energiemärkte werden in Primärenergien (Öl, Gas, Kohle und Wasserkraft) und der Sekundärenergie oder der umgewandelten Energie Strom unterteilt. Für die bedeutenden Primärenergieträger Öl und Kohle hat es immer einen globalisierten Weltmarkt mit entsprechenden Weltmarktpreisen gegeben. Die Auswirkungen auf Arbeitsplätze im Bergbau sind dabei nicht nur in Deutschland hinlänglich bekannt.

Die herausragende Besonderheit eines Globalisierungsprozesses ist vielmehr die seit dem Inkrafttreten der EU-Binnenmarktrichtlinie vom 19. Februar 1997 geschaffene Voraussetzung für eine Liberalisierung der Strom- als auch der Gasmärkte, also der sog. leitungsgebundenen Energien, wobei die Strommarktliberalisierung herausragt. In Deutschland trat am 28. April 1998 die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Kraft, mit der die bis dahin geschützten Gebietsmonopole der Unternehmen der deutschen Elektrizitätswirtschaft aufgehoben und die freie



Versorgerwahl eingeführt wurde. Die ebenso 1998 von der EU beschlossene Liberalisierung des Gasmarktes sieht allerdings eine abgestufte Öffnung von zunächst zur 20 Prozent vor. Ab 2008 müssen dann mindestens 33 Prozent des Gasmarktes wettbewerbsmäßig liberalisiert sein. So wird der Wettbewerb am Gasmarkt in der EU im Gegensatz zum Strommarkt erst langsam anziehen.

Aber auch am Strommarkt sind Verzögerungen bei der nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie bzw. von Ausführungsbestimmungen für die Durchleitung von Strom bzw. für die gegenseitige Netzbenutzung der EVU's eingetreten. Insbesondere Frankreich gilt hier als Bremser. Bis auf Deutschland, Finnland, GB und Schweden, haben alle anderen Mitgliedsstaaten der EU bis heute die gesetzlich vorgeschriebene Marktöffnung zu 100 Prozent noch nicht realisiert.<sup>62</sup>

Es kommt aber nicht nur zu einer Deregulierung am Strommarkt, sondern es finden gleichzeitig auch Reregulierungsprozesse im Sinne und zum Schutz der Umwelt statt. Hierzu sind in Deutschland am 1. April 2000 das „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft getreten und hat das bisher geltende „Stromeinspeisungsgesetz“ für sog. „Grünen Ökostrom“ aus regenerativen Energiequellen wie Wasser, Wind, Biomasse und Sonne ersetzt.<sup>63</sup> Außerdem wurde vom deutschen Bundeskabinett ein Gesetz zum Ausbau der „Kraft-Wärme-Kopplung“ (KWK) vorgelegt, daß Mitte 2001 parlamentarisch verabschiedet werden soll.

**Frage:**

**Welches sind die direkten und indirekten Rückwirkungen auf die Energieversorgung bzw. die Marktchancen der Investitionsgüterhersteller, insbesondere energieeffizientere Anlagen, Maschinen, Geräte sowie der produktbegleitenden Dienstleistungen?**

**Antwort:**

Mit der Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes sind die sog. Gebietsmonopole gefallen und durch die Marktöffnung und Entstehung von Wettbewerb kam es zu einem Preisverfall für Elektrizität als direkte Auswirkung für die Energieversorgung. Dies gilt nicht für Gaspreise, weil diese an die Entwicklung der Erdölpreise gebunden sind. Daher wird es hier aufgrund des jüngsten Preisanstiegs beim Öl - mit einem üblichen time-lag - zu steigenden Preisen kommen.

---

<sup>62</sup> Vgl. Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V., (Hrsg.), Stromthemen Nr. 5/2000, S. 3

<sup>63</sup> Vgl. Diefenbacher, H., Grüner Strom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 10/2000, S. 1.263ff.

Die im Strommarkt noch bestehenden Kraftwerks-Überkapazitäten - vor der Liberalisierung wurden diese von den EVU's immer bestritten - drücken heute in der Umbruchphase des Marktes neben der Gebietsmonopolaufhebung zusätzlich die Preise bei vielen EVU's auf die kurzfristigen Grenzkosten bzw. variablen Stückkosten.<sup>64</sup> Die Überkapazitäten werden in Westeuropa auf rund 40.000 Megawatt (MW) veranschlagt, in Deutschland allein auf 10.000 bis 15.000 MW. „Das entspricht etwa 10 bis 15 Prozent der vorhandenen Leistung.“<sup>65</sup> Durch den Abbau der Überkapazitäten wird es in den nächsten Jahren zu einem drastischen Arbeitsplatzabbau kommen.

Die EVU's werden aber auch bei der installierten Kraftwerksleistung aus Kostengründen vermehrt auf eine ressourceneffiziente Technologie achten müssen, so daß es hoch wahrscheinlich ist, daß veraltete Technologie mit niedrigen Skaleneffekten gegen neuere Technologie mit einem größeren Wirkungsgrad ausgetauscht wird. Hierdurch würde es dann zu indirekten Rückwirkungen auf eine effizientere Energieversorgung kommen bzw. die Marktchancen der Investitionsgüterhersteller, insbesondere energieeffizientere Anlagen und Maschinen zu bauen, könnte dadurch zunehmen. Der Neubau von Kraftwerken auf der Basis von Braunkohle und insbesondere Erdgas ist hierbei nicht auszuschließen.

Es wird hochwahrscheinlich auch zu einem Ausbau der regenerativen Energie kommen, speziell der Windkraft. Allerdings wird wegen hoher Erzeugungskosten der Anteil zum Ersatz des langsam rückläufigen Kernkraftstroms bzw. des beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie<sup>66</sup> eher bescheiden sein. Dagegen ist damit zu rechnen, daß aufgrund der liberalisierten Märkte der Stromimport zunehmen wird. Gleichzeitig ist es aber auch denkbar, daß deutsche EVU's im Wettbewerb wesentlich mehr exportieren als sie es heute noch tun. Die Bilanz zwischen Export und Import ist zur Zeit auf einem niedrigen Niveau etwa ausgeglichen.<sup>67</sup>

Ein weiterer Druck auf die Strompreise entstand durch neu am Markt in Erscheinung getretene Strommakler und Strombroker, die Nachfrage von kleineren Kunden bündeln und so eine gewisse Nachfragemacht gegenüber den EVU's erhalten. Mittlerweile sind etwa 100 solcher Stromhändler und Strombroker, etwa 20 Ökostromanbieter und mehr als 20 Niederlassungen internationaler Elektrizitätsunternehmen allein in Deutschland am Markt. „Nicht zuletzt entstanden für das

---

<sup>64</sup> Vgl. DIW-Wochenbericht, Nr. 25/2000, S. 383

<sup>65</sup> Aussenwirtschaft, Heft 7/2000, S. 10

<sup>66</sup> Vgl. den Wortlaut der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den EVU's vom 14. Juni 2000 in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 8/2000, S. 1.010ff.

<sup>67</sup> Vgl. Aussenwirtschaft, Heft 7/2000, S. 14

Massengut Strom neue Handelsplätze. Als erste nahm im Juni 2000 die Strombörse in Leipzig den Betrieb auf. Die Strombörse Frankfurt soll im Herbst folgen. Geplant sind Spot- und Terminmärkte mit täglicher Preisbildung.“<sup>68</sup>

Auf den Preiswettbewerb bzw. auf die Auflösung ihrer Gebietsmonopole haben die EVU's schnell mit Kooperationen, strategischen Allianzen und mit Fusionen reagiert. Es ist zu einem enormen Konzentrationsprozeß gekommen. Nach Aussagen von VDEW beläuft sich die Zahl der Kooperationen und strategischen Allianzen inzwischen auf rund 100 mit mehr als 500 beteiligten Unternehmen. Dabei dominieren Einkaufsgesellschaften, Vertriebs- und Energiehandelsgesellschaften. An Fusionen waren allein in den beiden letzten Jahren 15 mit 41 beteiligten EVU's zu verzeichnen. Die größten waren dabei der Zusammenschluß von RWE Energie und VEW Energie sowie von VEBA und VIAG, die ihre Stromtöchter PreussenElektra und Bayernwerk zu E.ON Energie AG, München zusammengeschlossen haben. Aber auch bei den noch rund 900 kommunalen Stromunternehmen, den Stadtwerken, die meist nur den Strom verteilen, wird die Zahl aufgrund einer mittelfristig nicht vorhandenen Wettbewerbsfähigkeit deutlich abnehmen, zumindest wird es bei vielen zu neuen Gesellschaftern kommen. Der Konzentrationsprozeß ist noch nicht abgeschlossen, wie der ehemalige Präsident des VDEW, *Klinger* feststellt und präzisiert: „Der durch die Liberalisierung in Gang gesetzte Prozeß des Wandels wird sich dynamisch weiterentwickeln. Nach der turbulenten Auftaktphase wird sich der noch unreife Markt in einen reifen Markt verwandeln, der durch ein ausgewogenes Verhältnis von Preis- und Dienstleistungswettbewerb, eine Durchmischung von wenigen großen internationalen und nationalen Akteuren sowie eine Vielzahl von mittleren und kleinen regionalen und lokalen Akteuren gekennzeichnet sein wird.“<sup>69</sup> In der EU rechnet man mit 5 bis maximal 8 „Großen“ Anbietern, die jeweils über 200 Milliarden kWh Strom jährlich erzeugen.

Die Frage, ob die Strompreise, vor dem Hintergrund dieses Konzentrationsprozesses langfristig allgemein, noch weiter fallen, dürfte wohl eher mit nein zu beantworten sein. Erste Stagnationstendenzen sind bereits jetzt zu erkennen. Als Begründungen geben die Stromkonzerne gesetzlich bedingte Sonderlasten an. Höhere Kosten würden durch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG), das „Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz“ und die Stromsteuer im Rahmen der Ökosteuerreform entstehen. In alt bekannter Art, überwälzen die nach den vollzogenen Konzentrationsprozessen noch mächtiger gewordenen EVU's im Sinne einer kostenorientierten

---

<sup>68</sup> Aussenwirtschaft, Heft 7/2000, S. 10

Preisbildung (target return pricing) jede Kostensteigerung an die Nachfrager - überproportional an die privaten Haushaltskunden. Auf die Idee, diese Kostensteigerungen aus den nach wie vor auskömmlichen und in Zukunft wieder reichlich fließenden Gewinnen zu finanzieren, kommt in dieser nach wie vor wirtschaftlich vermachteten Branche niemand.

Auch an eine Abschaffung der von den EVU's praktizierten Preisdiskriminierung zur Abschöpfung von Konsumentenrenten denkt niemand. Die wirklichen Profiteure des temporären Strompreisverfalls waren deshalb auch die Großabnehmer, weniger bereits die kleinen und mittelgroßen Sondervertragskunden, während die am wenigsten preiselastischen Stromnachfrager, die privaten Haushalte, kaum etwas von den Preissenkungen abbekommen haben. Rechnet man hier noch die Ökosteuererhöhung hinzu, so lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Strompreise für die Haushalte im März 2000 etwa gleich hoch wie Anfang 1998.

Auch denkt die Stromwirtschaft nicht daran, ihre Preispolitik von einem sog. „zweigliedrigen“ Stromtarif (Spaltung in einen verbrauchsunabhängigen Grundpreis und einem verbrauchabhängigen Arbeitspreis) auf ein einen sog. „linearen Stromtarif“ - der seit langem gefordert wird - umzustellen.<sup>70</sup>

Insgesamt muß bezweifelt werden, ob der eingeschlagene Weg einer Liberalisierung am Energiemarkt für Strom der richtige Weg war. Hier gilt eher nach wie vor die Theorie des „natürlichen Monopols“. Selbst wenn es mittelfristig und auch langfristig aufgrund der Marktvermachtung zu keinen für die Umwelt kontraproduktiven Preissenkungen kommen wird, so wirkt der geschaffene „Wettbewerb“ auf jeden Fall gegen eine rationelle dezentrale Energieversorgung (Stichwort: Kraft-Wärme-Kopplung, Ausbau regenerativer Energien). Die EVU's laufen bereits heute Sturm gegen die von der Politik nicht einmal vollständig beschlossenen „Reregulierungsgesetze“.

Was auf jeden Fall negativ zu beurteilen ist, ist die mit der Konzentration entstandene noch höhere Macht der EVU's sind gegen Politik mit ihren letztlich ausschließlichen Profitinteressen durchzusetzen. Die Atomausstiegsdiskussionen haben dies bereits mehr als deutlich gemacht. Auch der anstehende Arbeitsplatzabbau wirkt gesamtwirtschaftlich eindeutig kontraproduktiv.

---

<sup>69</sup> Aussenwirtschaft, Heft 7/2000, S. 13

<sup>70</sup> Vgl. Bontrup, H.-J./Troost, A., Preisbildung in der Elektrizitätswirtschaft. Ein Beitrag zur Diskussion um die Novellierung der Stromtarife, Bremen 1988, S. 67ff.)

Um die sicher zu hohen Gewinne der EVU's vor der Liberalisierung abzuschöpfen, hätte es jedenfalls gereicht die preisrechtlichen Bestimmungen der „Arbeitsanleitung zur Darstellung der Kosten- und Erlösentwicklung in der Stromversorgung“ entsprechend zu novellieren. Diese Gewinnabschöpfung hätte dann als staatliche Einnahme zweckgebunden für alternative Energieentwicklungsprojekte eingesetzt werden können.<sup>71</sup>

---

<sup>71</sup> Vgl. dazu die bereits 1988 gemachten Vorschläge von Bontrup, H.-J./Troost, A., Preisbildung in der Elektrizitätswirtschaft, a.a.O.,

## **Lebenslauf**

### **Angaben zur Person:**

Name: Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup  
Geburtsdatum: 8. Februar 1953  
Geburtsort: Haltern/Westfalen

### **Studium:**

Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Bielefeld. Abschluß 1978 zum Dipl.-Betriebswirt (FH) und Studium der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bremen mit Abschluß zum Dipl.-Ökonom 1981. Promotion zum Dr. rer. pol. 1985 an der Universität Bremen

### **Beruflicher Werdegang:**

Von 1981 bis 1986 bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in Bremen als Referent in der Preisprüfung und Preisverhandlung für öffentliche Aufträge

Von 1986 - 1990 beim Progress-Institut für Wirtschaftsforschung mbH in Bremen als Wissenschaftlicher Abteilungsleiter - auch zuständig für Energiefragen

Von 1990 - 1995 Personalvorstand/Arbeitsdirektor bei der Stahlwerke Bochum AG

Von 1995 - 1996 Freiberuflicher Wirtschaftsberater

Seit Anfang 1996 Professor an der Fachhochschule Gelsenkirchen, Fachbereich Wirtschaftsrecht